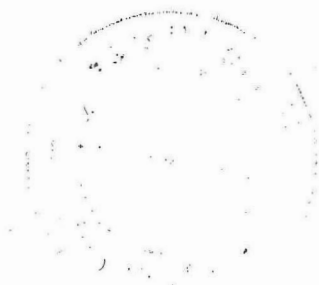


Heimatbuch
des Kreises Viersen
1993



44. FOLGE
HERAUSGEBER OBERKREISDIREKTOR VIERSEN

ÜBERWACHUNG UND BEHINDERUNG „SOZIALISTISCHER“ TURNVEREINE. ZWEI BEISPIELE AUS DÜLKEN UND VORST

VON HEINZ-GERD SCHUH

Nach Einschätzung Bismarcks gefährdeten die sozialistische Arbeiterbewegung und die „ultramontanen“ Kräfte innerhalb der katholischen Kirche den Bestand des Staates und die monarchische Ordnung. Besonders der internationale Charakter der Sozialdemokratie und ihre revolutionäre Zielsetzung beunruhigten ihn. Die Lobrede Bebels auf die Pariser Kommune am 25. Mai 1871 im Reichstag bestärkte den Reichskanzler in seiner Einschätzung. Für Bismarck waren Anarchisten und Sozialisten gleich. Sie bedrohten sein Werk. Durch Ausnahmegesetze wollte er die sozialdemokratische Partei unterdrücken. Die Wirksamkeit sollte durch sozialpolitische Hilfen für den Arbeiter erhöht werden. Durch ein Mindestmaß staatlicher Fürsorge (Kranken-, Unfallversicherung) wollte man die Befriedung der lohnabhängigen Bevölkerung mit dem Staat erreichen und diese Bevölkerungsschicht der Sozialdemokratie gleichzeitig entfremden.

Bismarcks erste Versuche scheiterten im Reichstag an der erforderlichen Mehrheit. Die Liberalen und das Zentrum waren zwar mit Bismarck einig in der Ablehnung der Sozialdemokratie; rechtsstaatliche Grundsätze sollten aber nicht geschmälert werden. Erst die beiden Attentate auf Kaiser Wilhelm I. und die anschließende Pressekampagne schufen die Bereitschaft zu einem Sondergesetz, obwohl eine Verbindung der Attentäter zur Sozialdemokratie nicht nachgewiesen werden konnte.

Am 21. 10. 1878 beschloß die Mehrheit des neu gewählten Reichstags das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (Sozialistengesetz). Es verbot alle „sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen“ Vereine, Versammlungen und Druckschriften. Agitatoren konnten von der Polizei ausgewiesen werden. Das zunächst auf zweieinhalb Jahre begrenzte Gesetz wurde bis 1890 immer wieder verlängert.

Großen Erfolg hatte Bismarcks Vorhaben nicht, wie aus Polizeiberichten ersichtlich ist. Das Ausnahmegesetz konnte ein starkes Anwachsen der Partei nicht verhindern, und die sozialpolitischen Reformen machten auf die Masse des Arbeiterstandes wenig Eindruck.

Bereits vor Aufhebung des Gesetzes (1. 10. 1890) machte das Ministerium des Innern am 18. Juli 1890 darauf aufmerksam, *„daß es notwendig ist, diesen Bestrebungen demnächst mit Rücksicht auf die veränderte Rechtslage besondere Aufmerksamkeit zu widmen, den sozialdemokratischen Ausschreitungen mit Entschiedenheit und zu diesem Zwecke von den zu Gebote stehenden Mitteln, unter sorgfältiger Einhaltung der gesetzlichen Schranken innerhalb derselben, aber bis an die Grenze des Zulässigen, Gebrauch zu machen. Insbesondere wird dies auf dem Gebiet des Vereins- und des Versammlungswesens, sowie der Presse erforderlich werden.“*¹ Die verbotenen Parteiorganisationen wurden teilweise durch Arbeitersportvereine oder Arbeitergesangsvereine ersetzt.

Die große Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft wurde besonders deutlich in der Auseinandersetzung der Deutschen Turnerschaft (DT) und des Arbeiter-Turner-Bundes (ATB), die auch nach der offiziellen Aufhebung des Sozialistengesetzes unversöhnlich weitergeführt wurde.

¹ Zit. nach Jochen ULRICH: *Henkelmann und Sternrenette. Verein für Heimatpflege e. V. Viersen*, S. 79

Die DT blieb bei ihrer konservativen, anti-sozialistischen Haltung und verteidigte vehement die „völkischen“ Leibesübungen. Der ATB verstand sich andererseits als sozialistischer Kampfverband, so daß auch hier Kritik zur Agitation ausartete, die häufig das aktuelle politische Geschehen in den Vordergrund rückte und nur einen Gegner kannte: die DT und ihre bürgerliche Ideologie. Eine Diskussion um die Weiterentwicklung des Turnens fand nicht statt.

Die DT ließ außerdem nichts ungenutzt, die Arbeitersportvereine politisch zu diskriminieren. In einem Aufruf vom 4. 1. 1907 wandte sich der Vorsitzende Dr. Götz an die deutschen Turner. Darin hieß es: *„Darüber, daß der Arbeiter-Turnerbund eine sozialdemokratische Partei- und Kampforganisation ist, ist also kein Zweifel mehr möglich! Als Kampfmittel aber muß Unwahrheit und Verdrehen der Tatsachen herhalten. Man stempt die deutschen Turner zu feigen, knechtischen Leuten, die Hurrapatriotismus betreiben, der Arbeiter soll in ihren Reihen über die Achsel angesehen und als Mensch zweiter Klasse behandelt werden — die sozialdemokratischen Leute werfe man hinaus usw. Demgegenüber sei bemerkt, daß der Deutsche Turntag den Grundsatz aufgestellt hat: Das Turnen kann nur dann nationale Bedeutung gewinnen, wenn es alle Schichten des Volkes durchdringt; daher ist die Aufnahme in die Turnvereine von allen die volkstümliche Entwicklung des Turnens hindernden Bedingungen zu befreien.“*²

In den Jahren 1906 und 1907 verfügte der Preußische Kultusminister, daß die Erlaubnis für eine Unterrichtserteilung in den Vereinen bei den Schulaufsichtsbehörden beantragt werden mußte. Die Kabinettsordre und Ministerialinstruktionen bezogen sich aber nur auf Vorturner, die den Unterricht als „Gewerbe“ betrieben, wie einem Bericht des Bürgermeisters der Stadt Dülken zu entnehmen ist.³ *Auf den Mangel sittlicher Untüchtigkeit allein wird die Versagung des Erlaubnisscheins jedoch nur dann zu stützen sein, wenn die Zugehörigkeit der Antragsteller zur sozialdemokratischen Partei unzweifelhaft festgestellt ist.*⁴

Nach § 17 des Reichsvereinsgesetzes durften politische Vereine keine Jugendabteilungen führen. Auch diesbezüglich versuchte man, den Arbeitersportvereinen Verstöße gegen das Vereinsgesetz nachzuweisen.

In Dülken existierte seit 1906 der Arbeiter-Turnverein „Frei Heil“. Lt. Polizeibericht vom 2. 10. 1907 hatte er etwa 40 Mitglieder, darunter 15 Schüler, und veranstaltete seine Turnabende in der Restauration Brinkmann, Bahnhofstr. 45. Vorsitzender war Heinrich Weintal. Die polizeiliche Überwachung brachte für die Stadt keine nennenswerten Ergebnisse. Mehrfach konnte der beauftragte Sergeant dem Polizeikommissar von Loefen mitteilen, *daß ich bis jetzt nichts Nachteiliges zu dem vorgenannten Verein beobachtet habe.*⁵

Am 2. 11. 1907 wurde der Bürgermeister durch den Königlichen Landrat des Kreises Kempen aufgefordert, *im Sinne des Erlasses vom 7. 8. 1907 gegen den Leiter des Turnunterrichts im Turnverein 'Die freie Turnerschaft' vorzugehen und wies darauf hin, daß Jugendliche von 16 und 17 Jahren unter den Begriff 'Jugend' fallen.* In seinem Bericht vom 30. 11. 1907 schrieb der Bürgermeister unter anderem: *Nach den angestellten Erhebungen wird der Turnunterricht in dem hierneben benannten Turnverein von einer dem Verein angehörenden Person (Vorturner) unentgeltlich erteilt. Weil nun nach den Bestimmungen der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 10. 6. 1834 nur derjenige die Erlaubnis der Ortsbehörde*

2 *Aufruf der DEUTSCHEN TURNERSCHAFT vom 4. 1. 1907, zit. nach Karl MINKENBERG: Es begann 1848. Der Ruhrgebietssport im Spiegel der Presse. Essen, 1988, S. 86*

3 *Hinweis im Bericht des Bürgermeisters der Stadt Dülken vom 30. 11. 1907, Stadtarchiv Viersen, Nr. 527*

4 *Minister des Innern, Erlaß vom 7. 8. 1907, Stadtarchiv Viersen, Nr. 527*

5 *Polizeibericht vom 2. 10. 1907, Stadtarchiv Viersen, Nr. 260*

nachzusehen hat, welcher die Erteilung von Unterricht als ein „Gewerbe“ betreibt, ist es mir zweifelhaft, ob unter den obwaltenden Umständen gegen den Leiter des Turnunterrichts in dem hier in Frage kommenden Verein eingeschritten werden kann. Ich bitte deshalb um sachgem. Bestimmung.⁶

Die Königliche Regierung, Abt. für Kirchen- und Schulwesen, in Düsseldorf mochte den Fall nicht weiter verfolgen und teilte am 11. 12. 1907 mit: *Die Angelegenheit ersuchen wir auf sich beruhen zu lassen.*⁷ Wegen fehlender Turnhalle mußte der Verein seine turnerischen Aktivitäten 1910 einstellen. Räumlichkeiten wurden den Vereinen meistens nur von solchen Wirten zur Verfügung gestellt, die aus Existenzgründen auf den Umsatz der Arbeiterturner angewiesen waren. Doch wurde er weiterhin in den Berichten des Bürgermeisters über *sozialdemokratische und anarchistische Bewegungen* erwähnt. Dort ist zu lesen: *Die sozialdemokratisch angehauchten Arbeiter-Organisationen betätigten sich ausgiebig auf geselligem Gebiet. Der Turnverein 'Frei Heil' veranstaltete Konzerte und Bälle. Natürlich ist nicht zu verkennen, daß auch diese geselligen Veranstaltungen ein sehr fruchtbarer Nährboden für sozialdemokratische Ideen sind, da diese in Festreden und Aufführungen hineingetragen werden können. Die hiesige Polizeibehörde hat darum in unauffälliger Weise eine Überwachung der Festlichkeiten durchgeführt, aber auch hierbei nie Anlaß zu einem Einschreiten gehabt.*⁸ Zwölf Monate später, am 19. 8. 1914, vermerkte er: *Der Turnverein 'Frei Heil' verfügt seit langem über keine jugendlichen Personen mehr, und es sind solche auch bei den Versammlungen nicht mehr bemerkt worden.*⁹

Im Februar 1909 wurde in Vorst der Turnverein „Germania“ gegründet. Vereinslokal war das Hotel zur Post, Wendelin Schiefer, Markt 3. Die Satzung lehnte sich in den Formulierungen den bekannten „Gesetzestexten“ an. Der § 1 nannte den Zweck, nämlich *Gelegenheit und Anleitung zu geregelten Turnübungen zu geben, als eines Mittels zur körperlichen und sittlichen Kräftigung, sowie die Pflege deutschen Volksbewußtseins und vaterländischer Gesinnung. Alle politischen und sonstigen Parteibestrebungen sind ausgeschlossen. Der Verein hat seinen Sitz in Vorst.*¹⁰

Auffallend ist nur der Anfang des § 2. *Aufnahmefähig ist jeder unbescholtene Bürger von Vorst, welcher das 17. Lebensjahr vollendet hat ...* Wie bereits erwähnt, durften politisch orientierte Vereine keine Jugendabteilung führen. Es ist zu vermuten, daß die Gründungsmitglieder diesen Umstand bei der Erstellung der Satzung berücksichtigt haben.

Bereits 11 (!) Tage nach dem Eingang der Statuten beim Bürgermeister (7. 2. 09) formulierte der Vorsitzende des TV Vorst, Karl Wildenrath, eine *Mitteilung* an den Bürgermeister, die dort als Anzeige vermerkt wurde. In dem Schreiben hieß es: *Von dem hiesigen Postamt ist uns die Mitteilung zugegangen, daß der neu gegründete Turn-Verein sich den Beinamen „Germania“ zugelegt hat. Da unser Turn-Verein auch in sehr vielen Adreßbüchern als Turn-Verein „Germania“ verzeichnet steht, bitten wir gütigst, um Irrtum vorzubeugen, die hiesige Behörde, wenn möglich, Änderung zu treffen.*¹¹

Am 24. März 1909 verzichtete der TV Vorst auf den Namen „Germania“. Die Angelegenheit konnte am 7. April 1909 zu den Akten gelegt werden. Der Bürgermeister fügte die Bemerkung hinzu: *Die Satzungen brauchen nicht geprüft zu werden. (§ 3 Abs. 2 bis 4 des Vereines. vom 19. 4. 1908)*¹²

6 Bericht des Bürgermeisters der Stadt Dülken, s. Anm. Nr. 3

7 Vermerk der Königl. Regierung zum Bericht des BM, s. Anm. Nr. 3

8 Verwaltungsbericht des BM der Stadt Dülken vom 15. 8. 1913, Stadtarchiv Viersen, Nr. 527

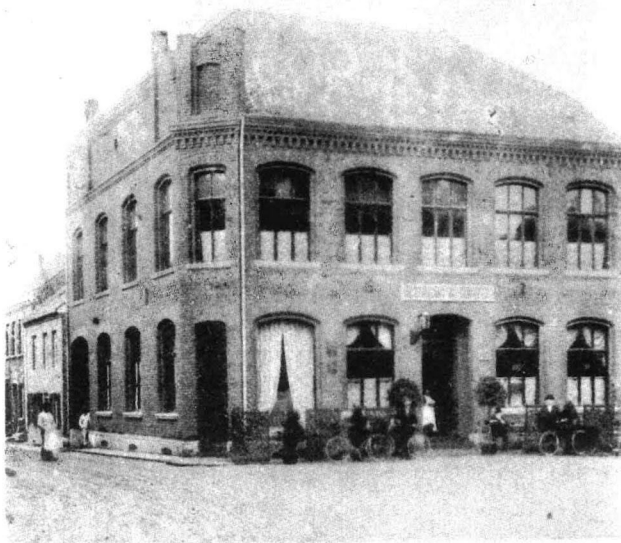
9 Verwaltungsbericht des BM der Stadt Dülken vom 19. 8. 1914, Stadtarchiv Viersen, Nr. 527

10 Statuten des Turnvereins „Germania“, Kreisarchiv Viersen, GA Vorst 1987

11 Schreiben des TV Vorst 1878 an die Gemeinde, Kreisarchiv Viersen, GA Vorst 1987

12 Vermerk des BM, s. Anm. Nr. 11

Hôtel-Restaurant zur Post
W. Schiefer, Vorst b. Krefeld



Bundes-Hôtel des deutschen
Radfahr-Bundes.
Station der allgemeinen
Rädfahr-Union.

Viele Vereine trugen den Namen „Germania“. Im Nachbarort St. Tönis gab es beispielsweise einen Turnverein und einen Radfahrclub mit diesem Namen. Andererseits klingt es verwunderlich, daß dieser Name mit dem jetzt noch bestehenden Verein TV Vorst 1878 in Verbindung gebracht wurde. In der Chronik wird an keiner Stelle irgendetwas erwähnt. Oder war es nur ein Vorwand, gegen den Konkurrenten vorzugehen? Nach der obigen Bemerkung des Bürgermeisters schien die Angelegenheit geklärt.

In den offiziellen Stellungnahmen des Bürgermeisters wurden keine Zweifel bezüglich der Verfassungstreue der Mitglieder erwähnt. Beide Vereine hätten im fairen Wettstreit der Turnsache dienen können.

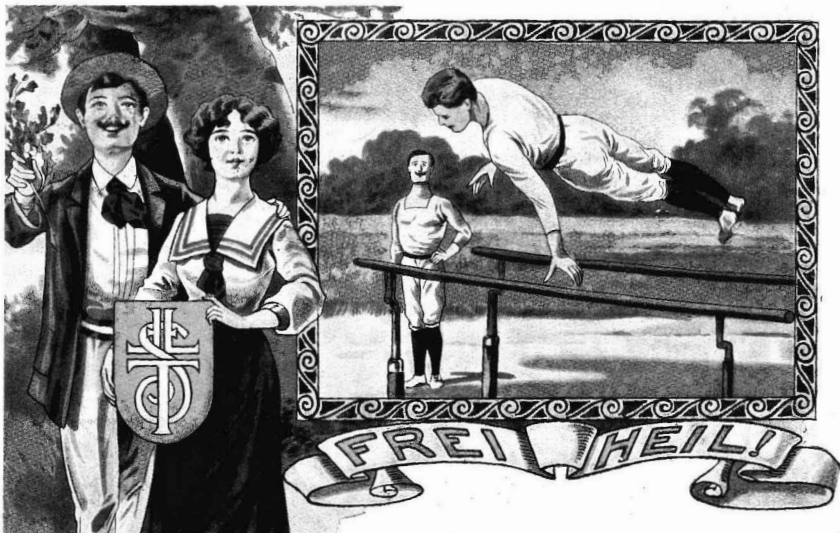
Aber schon am 21. April bohrte Karl Wildenrath nach. Er stellte einen Antrag *auf Erwirkung einer Unterstützung*. Es ist zu bemerken, daß der Antrag auf einem Blatt mit dem Briefkopf *Der Bürgermeister* erfolgte. Zufall oder sollte die Auseinandersetzung gesteuert gewesen sein?

Karl Wildenrath machte auf die abgenutzten und erneuerungsbedürftigen Geräte aufmerksam. *Trotz aller Mühe seitens des Vereinsvorstandes und der Opferwilligkeit der Vereinsmitglieder ist es uns gar und gar nicht möglich, die Kosten der Neubeschaffung selbst aufzubringen, denn die Vereinsmitglieder gehören ausnahmslos dem Arbeiterstande an und verfügen nicht über Vermögen.*¹³

13 Schreiben des TV Vorst 1878 an die Gemeinde vom 21. 4. 1909, Kreisarchiv Viersen, GA Vorst Nr. 1987

Die Postkarten erfreuten sich großer Beliebtheit im wilhelminischen Deutschen Reich. Der Grundstein zu dem Erfolg wurde im Krieg 1870/71 gelegt, als der Kommunikationsbedarf zwischen den Soldaten und der Heimat sehr groß war.

In der Funktion politischer Propaganda sind sie heute zu vergleichen mit Buttons oder Aufklebern.



Die Folge sei, daß der Turnbetrieb nicht mehr in der üblichen Weise durchgeführt werden könnte und sich einige Aktive zurückzögen. *Diesen Umstand haben sich einige sozialdemokratisch gesinnte Einwohner des Ortes zunutze gemacht und vor einigen Monaten einen zweiten Turnverein gegründet. Früher schon hat die Sozialdemokratie hier mehrmals festen Fuß fassen wollen und Arbeitervereine gebildet. Diese Vereine hatten aber alle nur eine kurze Lebensdauer. Das Turnen hingegen scheint ihnen bessere Erfolge zu bringen. Wahrscheinlich von interessierter Seite unterstützt, beschaffte er sich in kurzer Zeit tadellose Geräte und zählt heute auch schon eine stattliche Anzahl Mitglieder. Er ist auch noch fortgesetzt bemüht, von uns Mitglieder herüberzuziehen.*¹⁴

Karl Wildenrath äußerte die Befürchtung, daß der TV Vorst diesem sozialdemokratischen Verein zum Opfer fallen würde. Um dem entgegenzuwirken, wäre eine gleichwertige Ausstattung mit Geräten notwendig. Deshalb bat er, man möge dem Verein aus Staatsmitteln eine angemessene Beihilfe gewähren. Eine Aufstellung über Turngeräte zu einem Betrag von M 713,50 fügte er bei. Der damalige Bürgermeister Felder leitete das Schreiben am 22. 4. 1909 unter Befürwortung und Bestätigung der Angaben an den Landrat in Kempen weiter. Der Antrag hatte keinen Erfolg. Am 15. 6. teilte der Landrat dem Bürgermeister mit: *Dem Antrag des Turnvereins ist nicht entsprochen worden, weil für den fraglichen Zweck Fonds nicht zur Verfügung stehen und der Wohltätigkeitsfonds nicht in Frage kommen kann.* Nach den Unterlagen im Kreisarchiv veranstaltete der Verein „Germania“ in den Jahren 1909 und 1910 einige Familienfeste. Über sportliche Aktivitäten ist nichts bekannt.

Nach dem 2. Weltkrieg verzichteten sowohl die Vertreter des Arbeitersports (ATSB seit 1919) als auch der Deutschen Turnerschaft auf eine Wiedergründung ihrer Organisationen. Die Traditionen beider Verbände, die zwar einer gemeinsamen Quelle entsprangen, aber ein halbes Jahrhundert unterschiedliche Ziele verfolgten, sollten im Deutschen Turnerbund (DTB) zusammenfließen. Die Integration gelang nicht ohne Schwierigkeiten. Der am 2. September 1950 in Tübingen nach der Gleichungsaussageform $ATB/ATSB + DT = DTB$ gegründete Verband hatte zu viele Variablen. Den Symbolen und Verhaltensweisen der Arbeiterturner haftete das Etikett „politisch“ an, während man die Anbietung der DT an die Organisation der NSDAP und die selbst geforderte Gleichschaltung als „normal“ betrachtete. Daß man sich heute offiziell zum Erbe des ATB/ATSB bekennt, wird auch darin sichtbar, daß beide Bundesturnfeste, Leipzig 1922 und Nürnberg 1929, zu den Deutschen Turnfesten gezählt werden.

14 s. Anm. Nr. 13